

... auf ein (ernstes) Wort

Vor wenigen Tagen sorgte ein Kunde des Straßenverkehrsamtes in Elmshorn für Aufregung. Er attackierte den Sicherheitsdienst und verletzte Mitarbeiter. Nicht erst seit dem tragischen Mordanschlag im Juni 2019, als der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) aus rechtsextremistischen Motiven auf seiner Terrasse erschossen wurde, verrohen die Sitten im Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei, der Hilfs- und Rettungsdienste, der öffentlichen Verwaltungen sowie ehrenamtlichen Kommunalpolitikern mehr und mehr. Wir werden alles tun müssen, diese zu schützen, auch wenn es mit Aufwand und Kosten verbunden sein sollte. Wir müssen aber auch hinterfragen, wo solche Enthemmung und der Anstieg von Respektlosigkeit herühren.

In ihrem Ausmaß natürlich viel tragischer als der Vorfall in Elmshorn sind rassistische Mordanschläge wie im Oktober 2019 in Halle wo ein Rechtsradikaler versuchte, in eine Synagoge einzudringen. Als das misslang, erschoss er auf offener Straße eine 40 Jahre alte Frau und später in einem Imbiss einen 20 Jahre alten Mann.

In der vergangenen Woche richtete ein Mann im hessischen Hanau aus rassistischen Motiven sich selbst und zehn weitere Menschen. Der jüngste von ihnen wurde auch gerade mal 20 Jahre alt. Immer mehr Rassisten radikalisieren sich und verüben Attentate.

Serap Güler (CDU), Staatssekretärin aus Nordrhein-Westfalen sagte in einem vielbeachteten Interview: "Die AfD hetzt gegen Flüchtlinge, gegen Muslime, sie hetzt gegen Menschen mit Migrationsgeschichte in unseren Parlamenten, in sozialen Netzwerken und bei Veranstaltungen auf offener Bühne. Sie macht Rassismus salonfähig und nennt das auch noch bürgerlich".

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alexander Gauland hatte die Vorwürfe einer Mitverantwortung für die Tat von Hanau zurückgewiesen und stattdessen auf die geistige Verwirrtheit des Täters hingewiesen. Das „gesellschaftlich-nervöse Klima“ steuere ebenso zu solchen Gewalttaten bei.

Selbst wenn der Hanauer Täter ein kranker Mensch war, so heißt das noch lange nicht, dass man keine Verantwortung für rechte Hetze und Hassreden trägt, die den Nährboden solcher Taten bereiten.

60 Prozent der Deutschen sind überzeugt, dass die AfD eine Mitverantwortung für rechtsextremistische Gewalttaten wie die in Hanau trägt. Nur 26 Prozent glauben dies nicht. Nach dem Anschlag von Hanau nimmt die Zustimmung für die AfD einer Umfrage zufolge ab. Sie verliert in der zweiten Wochenhälfte von 11 auf 9 Prozent, wie das Forsa-Institut bekannt gab.

Für die Opfer von Hanau und ihre Hinterbliebenen nur ein geringer Trost!

Am Abend der Hanauer Mordtat bat die 2. Stellvertretende Landrätin Verena Mohnke (SPD) im Jugendhilfeausschuss um ein stilles Gedenken, ein Ansinnen, dem alle Besucher und Ausschussmitglieder nachkamen. Der AfD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag konnte sich aber nicht verkneifen, diese kleine Solidaritätsbekundung mit der Bemerkung „Unangemessen“ zu verunglimpfen.

Jegliche Relativierungen und Verharmlosungen der Morde von Hanau durch solche AfD-Politiker sind unerträglich.

Das macht nur noch deutlicher, dass es für alle Demokraten jetzt höchste Zeit wird, Flagge zu zeigen gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

vier Anträge hatten die Abgeordneten der SPD im letzten Kreistag gestellt. Auf drei von ihnen verzichteten sie freiwillig und zogen sie vor Eintritt in die Tagesordnung zurück. Viel heiße Luft um Nichts. Lediglich einen Antrag, den sie gemeinsam mit FDP, Grünen und Linken gestellt hatten, erhielten sie aufrecht: Verhütungsmittel für Menschen mit geringem Einkommen – kein wirkliches Highlight im Kreistag! Unsere sozialpolitische Sprecherin hielt dagegen. Ihre Argumente können Sie auf Seite 3 nachlesen.

Stolz kann der Kreis Pinneberg auf drei ehrenamtlich Tätige sein, die von unserem Kreispräsidenten Helmuth Ahrens souverän und launig mit der Eintragung in das Bürgerbuch des Kreises geehrt wurden. Höhepunkt der Kreistagssitzung war aber die Aktuelle Stunde, in der die Fraktionen sich zu den Auswirkungen der KiTa-Reform im Kreis Pinneberg äußerten. Für die CDU nahm Ortwin Schmidt, unser jugendpolitischer Sprecher Stellung (Seite 2).

Im Januar fand in Elmshorn ein Gespräch der Kreistags-Fraktionsvorsitzenden mit dem Landrat, Mitarbeitern der Kreisverwaltung, den hauptamtlichen Bürgermeistern und den Verwaltungsleitern der Ämter zu den kommunalen Finanzbeziehungen statt. Als CDU-Fraktion sind wir aber der Meinung, dass auch die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus erster Hand informiert sein sollten. Deshalb wird der Fraktionsvorstand mit denen, die der CDU angehören, Anfang März zum Themenkomplex „Kreishaushalt/Kreisumlage“ ins Gespräch kommen. Die Senkung der Kreisumlage muss mit Augenmaß, vor allem aber auch im engen Schulterschluss mit unseren Gemeinden vonstattengehen.

Mit besten Grüßen, Ihre

Heike Beukelmann,
Fraktionsvorsitzende

Thema der Aktuellen Stunde im Kreistag: KiTa-Reform

Ortwin Schmidt, jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Die Kita-Reform ist eines der zentralen Projekte der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung. In Sachen Kinderbetreuung haben wir in unserem Bundesland bisher einen großen Flickenteppich. Jeder Kreis und jede Kommune hat unterschiedliche Regelungen und Verträge mit den Trägern der Kinderbetreuung getroffen. Dementsprechend gelten überall unterschiedliche Standards und Gebühren.

Dies wird mit dem Kitareformgesetz grundlegend geändert. Ab dem 01.08.20 orientiert sich der Standard an dem sogenannten „Standard-Qualitätskosten-Modell“, kurz SQKM, und es gelten Schleswig-Holstein-weit einheitliche Kita-Gebühren und Tagespflegesätze. Dies wird finanziert durch 1 Mrd. Euro, die in den nächsten fünf Jahren in das System Kitafinanzierung fließen. Davon sind 191 Mio. Bundesmittel aus dem „Gute Kita-Gesetz“. 481 Mio. fließen in die Qualität, Eltern und Kommunalentlastung. 328 Mio. sind bestimmt für Konnexität und Systemanreize durch das Land.

Die Beiträge liegen zukünftig im Elementarbereich bei 5 Std. 145 Euro und bei 8 Std. 233 Euro statt bisher 189 und 304 Euro. Letzteres entspricht einer jährlichen Ersparnis von 852 Euro. Im Krippenbereich zahlen Eltern für 5 Std. 180 Euro und bei 8 Std. 288 Euro statt 283 und 456 Euro. Hier beträgt die Entlastung pro Kind sogar 2.016 Euro jährlich.

Dies bedeutet eine ganz erhebliche Entlastung der Eltern im Kreis Pinneberg!

Zusätzlich gewährt das neue Gesetz den Eltern: Eine Verbesserung der Wahlmöglichkeiten auch über Gemeindegrenzen hinweg – kein Rechtsfertigungsdruck mehr bei auswärtiger Betreuung. Es bleibt ein Gemeindecindervorrang am Wohnort.

Die Kita-Datenbank wird für die Einrichtungen verpflichtend und soll die Suche nach freien Kita-Plätzen erleichtern. Außerdem wird sie bei der Kita-bedarfsplanung den Kreisen helfen.

Das SQKM sieht eine Erhöhung des Fachkraft-Kind-Schlüssels auf 2,0 pro Gruppe vor. Die Erweiterungsmöglichkeit der Gruppen wird auf 22 gekürzt und der Regelfall mit 20 Kindern pro Gruppe festgelegt. Verfügungszeiten und Leitungsstellen werden ebenfalls im Gesetz verankert.

Die neue landesweite Sozialstaffel entspricht der bisherigen Sozialstaffel des Kreises Pinneberg. Das bietet den betroffenen Eltern Stabilität bei den Kosten, und der Kreis wird an dieser Stelle finanziell entlastet werden, weil die Beiträge insgesamt absinken.

Neue Kosten kommen auf den Kreis mit der Finanzierung des Leerstandsmanagements zu. Dies sollte bei der derzeit guten Auslastung der Kitas im Kreis Pinneberg aber überschaubar sein. Außerdem übergibt der Kreis die Aufgabe der Tagespflege an die Kommunen und wird auch dadurch finanziell entlastet.

Das Land schreibt die prozentuale Belastung der Kommunen auf 39 Prozent fest, so dass es nicht wieder zu einer einseitigen Kostensteigerung für die Kommunen kommen kann.

Die finanziellen Veränderungen zwischen Kreis und Kommunen müssen berechnet werden und die Überschüsse des Kreises müssen nach Ansicht der CDU-Fraktion über eine stärkere Senkung der Kreisumlage an die Kommunen zurückgegeben werden.

Die derzeitigen Berechnungen der Kommunen und des Landes zu den genauen finanziellen Auswirkungen der Reform schwanken noch sehr stark. Die Kommunen befürchten starke Belastungen. Das Sozialministerium hat sein „Tool“ zur individuellen Berechnung inzwischen verbessert und bietet den Kommunen Unterstützung bei der Kostenberechnung an. Diese sollte in Anspruch genommen werden.

Der erhöhte Fachkräftebedarf wird allerdings ein Problem werden. Denn erstens steigt der Fachkraft-Kind-Schlüssel, zweitens geht in den Einrichtungen die starke „Baby-Boomer“ Generation in den Ruhestand, und drittens bietet die Nähe zu Hamburg den Fachkräften zusätzliche attraktive Arbeitsplätze.

Deshalb unterstützen wir die Einrichtung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten an den Kreisberufsschulen, insbesondere die Einrichtung einer PiA-Klasse an der KBS Pinneberg. Aber wir haben auch als Haushaltsbegleitbeschluss zusammen mit Grünen und FDP die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für ein Stipendiensystem in der Erzieherausbildung mit einer Bindungskomponente an den Kreis Pinneberg auf den Weg zu bringen.

Dieses Fachkräfteproblem stellt sich allerdings auch landes- und bundesweit, weshalb unsere Aufforderung an Land und Bund gilt, an dieser Stelle tatkräftig die Kommunen und die Träger zu unterstützen. Die Einführung dieser Standards kann sich bis 2024 hinziehen, weil im Gesetz eine entsprechende Übergangszeit vereinbart ist.



Die Tagespflege wird ebenfalls aus dem SQKM finanziert. Ein Mindestvergütungssatz ist festgelegt und wird eine Erhöhung zu dem bisher im Kreis Pinneberg festgelegten Satz bedeuten. Der Beitragsdeckel der Eltern gilt ebenfalls für die Tagespflege.

Das neue Kita-Gesetz bringt also für den Kreis Pinneberg vielfältige Veränderungen. Es ist aber feststellbar, dass die Kinderbetreuung gestärkt und qualitativ verbessert wird. Es wird eine einheitliche Form der Kinderbetreuung in Schleswig-Holstein geben und so auch beim Wohnortwechsel weniger Veränderung in diesem Bereich. Das ist richtig und begrüßenswert.

Die genauen finanziellen Auswirkungen müssen in der Übergangszeit evaluiert werden und mögliche Fehlentwicklungen korrigiert werden. Wichtig ist vor allem, dass wir den Beruf der sozialpädagogischen Assistentin und der Erzieherin attraktiv gestalten und somit genügend Fachkräfte für die Betreuung unserer Kinder engagieren können.

Aus dem Pinneberger Kreistag

In seiner Februarsitzung hat der Kreispräsident, gemeinsam mit seinen beiden Stellvertreterinnen – wie in jedem Jahr – drei Persönlichkeiten für ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement durch die Eintragung in das Bürgerbuch des Kreises Pinneberg geehrt.



Alice Sabine Fuhlbrügge aus Klein Nordende hat die jüdische Gemeinde in Elmshorn wiederbegründet, deren Vorsitzende sie seit 2003 ist. Mit Herz und Menschlichkeit ermöglicht sie jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern das Praktizieren ihres Glaubens.

Die Restauration des Friedhofs der jüdischen Gemeinde Elmshorn ist Alice Sabine Fuhlbrügge wegen seiner historischen Bedeutung für die Stadt Elmshorn und den Kreis Pinneberg eine besondere Verpflichtung.

Sie sorgt dafür, dass die jüdische Geschichte und das moderne jüdische Leben auch bei Schülerinnen und Schülern nicht in Vergessenheit geraten.



Klaus-Hermann Hensel aus Quickborn hat sich als Gründungsmitglied und langjähriger 1. Vorsitzender des Fördervereins Himmelmoor e. V. um die Entwicklung im Quickborner Himmelmoor verdient gemacht. Es ist ihm gelungen, die ökologische Bedeutung des Himmelmoores in Bezug auf Natur, Geschichte und Naherholung für die Stadt Quickborn und ihre Umgebung zu erhalten.

Der Moorlehrpfad und die Wiederbelebung der Torfbahnfahrten gehen auf seine Initiative zurück. Mit großer Beharrlichkeit setzt er sich auch für die Übernahme und zukünftige Nutzung der denkmalgeschützten Häuser in der Himmelmoorstraße ein.

Dieter Wenskat aus Klein Offenseth-Sparrieshoop kümmert sich unermüdlich um die Sorgen und Nöte von älteren

Menschen. So engagiert er sich seit mehreren Jahrzehnten im Ortsverband Klein Offenseth-Sparrieshoop des Sozialverbandes Deutschland und bereichert diesen mit seiner zupackenden Art.

Seit 25 Jahren ist er Vorsitzender des Schützenvereins "Wilhelm Tell". Seinem Einsatz ist es zu verdanken, dass der Schützenverein einen Platz für seine Aktivitäten im Dorfgemeinschaftshaus Diekendeel erhalten hat.

Als Mitglied der Delegiertenversammlung der Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V. betreut er Kindergärten und Vorschulen im früheren Ostpreußen. Die Organisation und Begleitung der jährlichen Reisen in die "Heimat" sind ihm eine besondere Herzensangelegenheit.



Auch die Bürgermeister aus den Heimatgemeinden der Geehrten gaben sich die Ehre.

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, FDP, Linken und Grünen hat der Kreistag mit 33:23 Stimmen beschlossen, 30.000 Euro für Verhütungsmittel für Menschen mit geringem Einkommen bereit zu stellen. In Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen sollen Präservative ausgegeben werden.

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Sonja Wehner hielt dagegen. Sie ärgere sich, wenn sie höre, Familienplanung sei Menschenrecht. Fakt sei: Familienplanung ist Frauenpflicht. Sie ärgere sich auch, weil niemand das Thema Verhütung in Form von Aufklärung anzupacken bereit sei, um ein Umdenken bei Männern hervorzurufen. Sexualität werde so offen in unserer Gesellschaft ausgetragen, in Liedtexten, der Werbung, im TV. Verhütung gehöre offensichtlich nicht dazu.

Laut einer Studie bedeute Verhütung Stress, sowohl körperlich als auch mental. Diesen Stress habe die Frau ganz allein – durch die Verantwortung, dass kein ungewolltes Leben entstehe, den Tagesablauf der Pilleneinnahme anzupassen, regelmäßige Arztbesuche auf sich zu nehmen und, falls sie das Angebot annehme, der Besuch von Beratungsstellen, die Vorlage von Belegen und das Offenlegen der Bedürftigkeit. Man unterstelle, dass Frauen daran gewöhnt seien, mit unkom-

fortablen Implantaten, Verhütungsringen, Diaphragmen und Spiralen zu leben. Laut einer Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung liege die Verantwortung zu 74 % in Frauenhand. Der Wunsch des Mannes nach körperlicher Unversehrtheit schein hoch zu sein. Das erkläre auch seine Abneigung, selbst hormonelle Verhütungsmittel einzunehmen. Der andere Aspekt sei, dass durch Geschlechtsverkehr Krankheiten wie Hepatitis, Herpes oder HIV übertragen würden. Syphilis, Gonorrhoe und Chlamydien seien aktuell wieder auf dem Vormarsch. Durch die Einnahme oder das Einsetzen von Verhütungsmitteln werde nicht eine einzige dieser Krankheiten verhindert. Dabei gebe es gleichberechtigte und die Gesundheit schützende Verhütungsmittel, die völlig symptomfrei zu nutzen seien: Kondome.



Sonja Wehner zeigte sich verwundert, dass der Antrag gerade von Frauen von SPD, Grünen und Linken komme, deren Themen doch eigentlich Emanzipation und Gleichberechtigung seien. Beim Thema Verhütung würden sie aber aufgeben. Die Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel für Frauen sei ein Schritt in die falsche Richtung. Der einzige sinnvolle Teil des Antrages sei die Ausgabe von Kondomen. Die Junge Union, allen voran Birte Glißmann habe gefordert, an allen weiterführenden Schulen Kondomautomaten aufzustellen. Würde der Kreis die Kosten für Verhütung stillschweigend übernehmen, gebe es keinen Druck mehr auf die Bundesregierung, sich des Themas anzunehmen.



Axel Vogt, ehrenamtlicher Beauftragter für Menschen mit Behinderungen wurde vom Kreistag für weitere 5 Jahre bestellt.

Links: Axel Vogt, rechts Kreispräsident Ahrens

Im Profil:

Dr. Andreas Engelhardt



erblickte das Licht der Welt im Monat der Freigabe der Insel Helgoland, also im März 1952, jedoch nicht auf der Insel, die damals noch eine Trümmerwüste war, sondern im Erzgebirge. Da sein Großvater dort Inhaber einer Textilfabrik war, durfte sein Vater als „Sohn eines Kapitalisten“ in der DDR nicht studieren. Ihm selber und seinen Geschwistern wäre das auch versagt gewesen. Darum entschlossen sich seine Eltern, mit ihren sieben Kindern noch vor dem Mauerbau in den Westen nach Bayern zu ziehen. Dafür ist er ihnen heute noch dankbar.

In Fürth machte er 1971 das Abitur am Humanistischen Gymnasium. Da seine Noten für das Numerus-Clausus-Fach Humanmedizin nicht ausreichten, diente er zunächst einmal zwei Jahre lang bei der Gebirgsdivision in Mittenwald.

Ab 1974 studierte er bis zum Staatsexamen 1980 in Erlangen Medizin. 1983 war er zunächst im damaligen Helgoländer Gemeindekrankenhaus, dann 32 Jahre lang in niedergelassener Praxis für Allgemeinmedizin mit Schwerpunkt Naturheilverfahren, aber auch als Badearzt für die Kurpatienten auf Helgoland ärztlich tätig.

Schon auf dem Gymnasium war er Mitglied der Schülerunion der CSU. Auf der Insel arbeitete er 15 Jahre im Kirchengemeindevorstand mit. 2003 wurde Andreas Engelhardt direkt in den Helgoländer Gemeinderat gewählt. Dort engagierte er sich zehn Jahre lang insbesondere im Bau- und Umweltausschuss, aber auch im Ausschuss für Familie, Bildung und Soziales, im Bade- und Verkehrsausschuss sowie als Fraktionsvorsitzender.

Heute ist er noch als stellvertretendes Mitglied im FBS-Ausschuss tätig – seit 2018 auch als Kreistagsabgeordneter im Pinneberger Kreistag. Hier zeichnet er sich durch großes Engagement für sein Helgoland, Zuverlässigkeit und Loyalität aus.

Seit er das Korsett der kassenärztlichen Sprechstunden im Juli 2017 abgelegt hat, genießt er mit seiner Frau die neu gewonnene Freizeit als Altersruhegeldempfänger. Die Zwei reisen gerne, sind aber jedes Mal wieder froh, auf die Insel mit dem weiten Horizont zurückzukehren. Zwischendurch sind sie gern mit ihrem kleinen Angelboot auf dem Wasser, und die Bewegung an der guten Luft beim Joggen hält Andreas Engelhardt frisch und gesund.

KPV informiert

Beim Diskussionsabend der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU im Kreis Pinneberg standen die Finanzen im Mittelpunkt.

Der Vorsitzende der KPV Jörn Kruse, Mitglied der CDU-Kreistagsfraktion, hatte zum Diskussionsabend zum Thema „Kommunaler Finanzausgleich“ nach Quickborn eingeladen. Kommunalpolitiker aus diversen Orten des Kreises Pinneberg folgten der Einladung. Auch die Landtagsabgeordneten Barbara Ostmeier aus Hetlingen und Peter Lehnert aus Bilsen sowie Kreispräsident Helmuth Ahrens waren als Gäste in Quickborn dabei.



v.l.s. nach rechts: Peter Lehnert, MdL, KP Helmuth Ahrens, Barbara Ostmeier, MdL, Jörn Kruse, Ole Plambeck, MdL, Britta Krey.

Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Ole Plambeck, MdL informierte über den aktuellen Sachstand zur Reform des Finanzausgleichsgesetzes (FAG). Im Anschluss daran entbrannte eine rege Diskussion.

Die finanzpolitische Sprecherin der CDU-Kreisfraktion, Britta Krey und andere Kommunalpolitiker brachten Ihre Bedenken zur Reform zum Ausdruck. Die drei anwesenden Landespolitiker versprachen, die Bedenken mit nach Kiel zu nehmen.

Jörn Kruse: „Das letzte Wort zur Reform des Finanzausgleichsgesetz (FAG) ist noch nicht gesprochen. Wir bleiben am Ball“.



TERMINE

Montag, 02.03.2020, 19.30 Uhr:
Geschäftsführender CDU-Fraktionsvorstand – Pinneberg, KGS

Donnerstag, 05.03.2020, 18.00 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren – Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 05.03.2020, 18.00 Uhr:
Sitzung AG Klimaschutz – Elmshorn, Kreishaus

Samstag, 07.03.2020, 09.30 Uhr:
Klausurtagung der CDU-Kreistagsfraktion Elmshorn, EDZ, Ramskamp 71

Montag, 09.03.2020, 19.30 Uhr:
Erweiterter CDU-Fraktionsvorstand – Pinneberg, KGS

Dienstag, 10.03.2020, 18.30 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr – Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 11.03.2020, 16.30 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses – Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 11.03.2020, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion – Elmshorn, Kreishaus

Dienstag, 12.03.2020, 18.30 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport – Elmshorn, Kreishaus

Montag, 16.03.2020, 19.30 Uhr:
Geschäftsführender CDU-Fraktionsvorstand – Pinneberg, KGS

Dienstag, 17.03.2020, 18.30 Uhr:
Sitzung Finanzausschusses – Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 18.03.2020, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion – Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 19.03.2020, 18.00 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses Elmshorn, Kreishaus

Montag, 23.03.2020, 19.30 Uhr:
Erweiterter CDU-Fraktionsvorstand – Pinneberg, KGS

Mittwoch, 25.03.2020, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion – Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 26.03.2020, 18.30 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung – Elmshorn, Kreishaus

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann

Fotos: CDU, KPV, B. E. Tiemann

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle

Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg

Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761

Email: b-e-t@gmx.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de